

## Kommentar

## Puzzlestein, der sich lohnt

Von Sarah Reith



Ja, die Pläne der Verwaltung für eine Umgestaltung des Römerplatzes und des Bereichs vor den Badruinen dürften teuer werden. Und ja, manch einer wird denken: Warum denn schon wieder eine Großbaustelle und eine Millioneninvestition im Stadtzentrum? Aber in diesem Fall handelt es sich, anders als beim Augustaplatz, dessen geplante Sanierung schon für viele Diskussionen sorgte, tatsächlich um einen Schandfleck. Und das mitten im Herzen der Bäderstadt. Die Badruinen fristen ein stiefmütterliches Dasein, das prächtige Friedrichsbad wird durch den weit nach vorn ragenden Betonbau je nach Perspektive unattraktiv verdeckt. Ganz zu schweigen davon, dass auch dem Straßenraum davor eine Frischekur guttäte. Noch steht die Planung am Anfang, letztlich muss der Gemeinderat entscheiden, ob sie realisiert wird. Aber Bürgermeister Alexander Uhlig hat mit Recht betont, dass hier „ein Stück Stadtreparatur“ geleistet werden kann. Diesen Bereich des Bäderviertels aufzupolieren, wäre ein Puzzlestein auf dem Weg zum Welterbe, der sich lohnt. Und eine Aufwertung des Stadtbildes, für die wohl auch künftige Generationen dankbar wären.

## Ermittlungen nähern sich Ende

Baden-Baden (hez) – Die Ermittlungen der Baden-Badener Staatsanwaltschaft gegen die Baufirma Weiss wegen des Verdachts illegaler Preisabsprachen und der Bestechung in Zusammenhang mit der Leopoldplatz-Sanierung, die im Jahr 2017 begonnen wurden, nähern sich nun langsam dem Ende. Dies erklärte der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, Michael Klose, jetzt auf BT-Anfrage. Man warte noch die Stellungnahmen der Verteidiger ab. Danach werde man unter Berücksichtigung der vorhandenen Beweismittel entscheiden, ob alle oder einzelne Punkte zur Anklage gebracht werden oder ob es zur Einstellung des Verfahrens kommt. Klose geht davon aus, dass diese Entscheidung im Laufe der nächsten Monate fallen wird.

## Körperverletzung in Lichtental

Baden-Baden (red) – Eine 32-Jährige wurde in der Nacht zum Mittwoch angegriffen und geschlagen. Der mutmaßliche Täter passte laut Polizei sein ihm bekanntes Opfer gegen 1 Uhr im Innenhof eines Anwesens in der Hauptstraße ab. Nachdem die Frau aus dem Auto stieg, packte sie der Mann und schlug ihren Kopf unvermittelt gegen das Fahrzeug. Als das Opfer in den Hausflur fliehen konnte, schlug der Angreifer weiter auf die Frau ein. Ein hinzukommender Nachbar kam ihr zu Hilfe, worauf der 44-Jährige die Flucht ergriff. Er wurde inzwischen identifiziert und muss



So luftig und attraktiv sah der Römerplatz einst aus – damals gab es eine zentrale Treppenanlage.

Foto: Archiv/Stadtverwaltung

## Badekultur statt Garagen-Optik

Stadt plant Großprojekt: Aufwertung von Römerplatz und Badruinen im Fokus

Von Sarah Reith

Baden-Baden – Ein stadtbildprägendes Großprojekt schwebt der Verwaltung im Bäderviertel vor: Der Römerplatz vor dem Friedrichsbad soll ein wenig von seinem historischen Charme zurückerhalten, der Zugang zu den Badruinen erleichtert werden. Die Pläne präsentierte Bürgermeister Alexander Uhlig gestern Abend im gemeinderätlichen Bauausschuss.

Seit zwei Jahren beschäftigt sich die Verwaltung mit dem Bereich, berichtete er. Auslöser sei ein entsprechender Antrag von Stadtrat Werner Schmoll (SPD) gewesen. Das Problem: Derzeit ist der Platz vor dem Friedrichsbad geprägt durch eine Betonkonstruktion, die auch den Blick auf das historische Bad behindert. Der nach vorne zum Teil offene Überbau der Tiefgarage birgt unter anderem auch oberirdische Parkplätze für die Klosterschule vom Heiligen Grab und im hinteren Bereich die Römischen Badruinen.

Wer zu diesen gelangen will, muss den Garagen-Flair in Kauf nehmen und mehrere Meter unter dem Beton-Vordach im Halbdunkel nach hinten laufen. Das Bauwerk sei seinerzeit mit einer Brutalität zwischen die historischen Bauten gesetzt worden, „die ihresgleichen sucht“, meinte Uhlig mit Verweis auf die starre Betonkante. Er zeigte auch historische Ansichten des Bereichs. Damals war der „Römerplatz“ tatsächlich noch ein Platz und



Heute erinnert der Bereich an eine Parkgarage. Das historische Bad rückt in den Hintergrund.

Foto: Reith

nicht wie heute eine schmale Straße, begrenzt durch eine Garage. Und es gab eine Treppe, die passend zur Symmetrie des Friedrichsbads direkt zu dessen Eingang führte.

Ein wenig von diesem alten Charme will man nun wieder herstellen. Nach der Idee zweier Architekturbüros soll ein Stück des Beton-Vorbau weichen und Platz machen für eine neue zentrale Treppenanlage,

die wieder direkt auf das Bad zuführt (statt der momentanen seitlich gelegenen Treppe). Die Parkplätze der Klosterschule an der Stelle sollen verschwinden. Dafür würde der Straßenraum größer, die darüberliegende starre Betonkante aufgebrochen. Gespräche mit der Schule habe man bereits geführt, sagte Uhlig.

Durch den gewonnenen Raum könnte auf der Ebene

der Badruinen das Thema „Badekultur in Baden-Baden“ als Dauerausstellung in den Fokus gerückt werden, nannte Uhlig eine weitere Idee. Dies könne ein zusätzlicher Mosaikstein im Bereich Welterbe werden. Die römischen Badruinen selbst würden „erlebbarer“, weil sie durch die Verkürzung des Beton-Vordachs näher an den öffentlichen Raum herangeführt würden.

Auch weiter in Richtung der Einnündung der Gernsbacher Straße soll die Betonterrasse so verkürzt werden, dass sie nicht mehr nach vorn in den Straßenraum ragt. Außerdem ist angedacht, dort mit einer weiteren Treppe für Durchlässigkeit nach oben zu sorgen.

Wenn man diese Umgestaltung angehe, müsse natürlich auch der Straßenraum davor saniert werden, machte Uhlig die Tragweite des Projekts deutlich. Das Thema sei insgesamt aber komplex und es seien viele Akteure beteiligt. Es liefen bereits Gespräche mit dem Land Baden-Württemberg, der Bäder- und Kurverwaltung sowie der Carasana GmbH als Betreiber der Bäder.

Welche Kosten entstehen und wie diese zwischen Stadt, Land und BKV verteilt werden, sei noch „Zukunftsmusik“, sagte Uhlig auf Nachfrage. Im nächsten städtischen Haushalt solle erst einmal Geld eingestellt werden, um etwas detaillierter planen zu können. Diese Planung sei dann auch Grundlage der Entscheidung, ob und wie die Umgestaltung angegangen werde.

◆ Kommentar

## Gesamtes Glasfasernetz bis 2040

Thema im Gemeinderat

Baden-Baden (hez) – Schnelles Breitband-Internet für Baden-Baden – dies ist eines der Themen, mit denen sich der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung am 6. Mai beschäftigen wird. Laut Verwaltungsvorlage soll das Gremium beschließen, die Stadtwerke mit dem Aufbau einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur im Stadtkreis und den damit verbundenen Dienstleistungen zu beauftragen. Die Stadtwerke haben diesbezüglich bereits ein Strategiekonzept erarbeitet, das jetzt dem Gemeinderat vorliegt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Realisierung eines eigenen flächendeckenden Glasfasernetzes nicht – wie ursprünglich angepeilt – bis 2030 möglich ist, sondern aus wirtschaftlichen Gründen bis auf das Jahr 2040 geschoben werden muss.

Die Stadtwerke wollen gewährleisten, dass die Investitionen jederzeit den Anforderungen angepasst werden und das wirtschaftliche Risiko „auf ein Minimum“ reduziert wird. Die Berechnungen haben auch gezeigt, dass ein wirtschaftlicher Ausbau nur bei einer finanziellen Förderung, bei einer Mitverlegung des Glasfaserkabels im Rahmen von weiteren Verlegearbeiten oder aber bei einer Subvention durch die Stadt möglich ist.

## „Erschwingliche Preise“ für Kunden angestrebt

Eine Förderung werde es aber, so stellen die Stadtwerke in ihrem Strategiepapier fest, nicht geben. Hingegen sieht man die Mitverlegung sehr positiv, denn außer den Stadtwerken könne kein anderer Dienstleister diese Möglichkeit so umfangreich nutzen. Wenn die Stadtwerke hingegen nicht in dieses Geschäftsfeld eintreten, dann müsse die Stadt künftig Subventionen an einen Dienstleister bezahlen, um die Einwohner zu versorgen, heißt es in dem Strategiekonzept. Die Stadt Stuttgart zum Beispiel subventioniere die Kosten des Glasfaserausbau durch die Telekom zurzeit mit 30 Prozent.

Das Glasfasernetz in Baden-Baden, so wurde als Ziel festgelegt, soll allen Marktteilnehmern „einen diskriminierungsfreien Zugang“ und für die Endkunden „erschwingliche Preise“ ermöglichen. Über Bündelungsprodukte mit Gas und Strom will man einen Mehrwert für die Kunden erreichen und deren Bindung an die Stadtwerke erhöhen.

## Hauptamtliche Behindertenbeauftragte

Stadt schlägt Neuausrichtung der Stelle ab 2020 vor

Baden-Baden (hol) – Die bisher ehrenamtlich ausgeübte Stelle der Behindertenbeauftragten in der Kurstadt soll ab 2020 hauptamtlich besetzt werden. Das schlägt die Stadtverwaltung vor.

Der Sozialausschuss wird bei seiner nächsten Sitzung am Mittwoch, 8. Mai, über das Thema diskutieren. Im Juni soll der Gemeinderat die Änderung beschließen.

Die Umwandlung der ehrenamtlichen Tätigkeit in eine hauptamtliche Stelle diene der Professionalisierung der Arbeit, heißt es in den Unterlagen der

Verwaltung. Der Stelleninhaber soll künftig die Belange der Behinderten in Baden-Baden vertreten, Politik und Stadtverwaltung beraten, zwischen den Betroffenen und der Verwaltung vermitteln und die Bürger für die Belange von Behinderten sensibilisieren, heißt es weiter. Dazu soll er in alle Planungen der Stadt miteinbezogen werden, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Hinzu komme, dass durch die ab 2020 geltenden Regelungen im Bundesstellungsgesetz die Teilhabemöglichkeiten und Ansprüche von Behinderten ausgeweitet würden. „Tiefe, Um-



fang und Komplexität der Aufgabenstellung erfordern künftig die Ausübung der Tätigkeit im Hauptamt“, heißt es.

Die Position soll als 70-Prozent-Stelle von einer Person mit einem pädagogischen Hochschulabschluss besetzt werden. Zuzüglich Sachkosten und einer 30-Prozent-Verwaltungskraft rechnet die Stadtverwaltung mit jährlichen Kosten von knapp 72.000 Euro. Seit 2016 wird die Aufgabe

in Baden-Baden ehrenamtlich von Beate Wirth (Foto: pr) ausgeübt. Die ehemalige CDU-Stadträtin erledigt die Aufgabe mit großem Einsatz. 2017 wurde ihr das Amt für die Jahre 2018 und 2019 erneut übertragen. Dennoch gab es im Gemeinderat immer wieder Diskussionen über die Frage, ob die Stelle nicht hauptamtlich besetzt werden sollte. Nach Angaben der Stadtverwaltung ist in 33 der 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg die Stelle hauptamtlich besetzt. Auch der Landkreis Rastatt hat eine hauptamtliche Behindertenbeauftragte.